

## **Das US Justizministerium und Gesundheitsministerium kündigen vorläufige Beschlussfassung bei Umweltgerechtigkeitsermittlung des Gesundheitsamts von Alabama an**

WASHINGTON – Das Justizministerium und Gesundheitsministerium kündigten heute eine vorläufige Beschlussfassung bei ihrer Umweltgerechtigkeitsermittlung des Gesundheitsministeriums von Alabama und des Lowndes County Gesundheitsministeriums in Lowndes County im US-Bundesstaat Alabama (zusammen AGM) an. Das AGM kooperierte während der Ermittlung und stimmte der vorläufigen Beschlussfassung zu, die das AGM auf den rechten Weg bringt, um die Entwicklung von gleichberechtigten und sicheren Abwasserentsorgungs- und Managementsystemen in Lowndes County zu gewährleisten.

Im November 2021 leiteten das Justizministerium und das Gesundheitsministerium eine Ermittlung ein, um festzustellen, ob das Verhalten von AGM gegen Title VI Civil Rights Act von 1964 (Title VI) und Paragraph 1557 des Affordable Care Act (Paragraph 1557) verstößt. Title VI untersagt Empfängern von Bundesgeldern die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe oder Herkunft bei vom Bund finanzierten Programmen bzw. Aktivitäten. Paragraph 1557 verordnet, dass eine Person nicht von der Teilnahme ausgeschlossen, die Vorteile derer verweigert bekommen oder einer Diskriminierung ausgesetzt sein soll, in Bezug auf jegliche Gesundheitsprogramme bzw. –aktivitäten, die in irgendeiner Weise finanzielle Unterstützung des Bundes erhalten, basierend auf den gemäß Title VI untersagten Gründen.

Die nahezu achtzehn Monate lange Ermittlung zeigte Problembereiche sowohl beim Betrieb als auch bei der Compliance mit Title VI und Paragraph 1557 seitens des AGM auf. Im Besonderen ergab die Ermittlung, dass AGMs Durchsetzung von Sanitärregelungen die Anwohner von Lowndes County mit Strafen und sogar möglichem Vermögensverlust bedrohte, und zwar wegen sanitärer Bedingungen, für die sie nicht die nötigen Kapazitäten hatten, um diese zu beheben. Darüber hinaus ergab die Ermittlung, dass das AGM ein konsequentes Muster der Untätigkeit bzw. Vernachlässigung bezüglich der mit ungeklärtem Abwasser einhergehenden Gesundheitsrisiken betrieb. Die Ermittlung ergab, dass, obwohl das AGM von den Problemen und der den schwarzen Anwohnern von Lowndes County auferlegten unverhältnismäßigen Last und Auswirkung wusste, es unterließ, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Verhältnisse zu beheben.

„Heute beginnt ein neues Kapitel für die schwarzen Anwohner von Lowndes County, Alabama, die zu lange Gesundheitsrisiken, Erniedrigungen und Rassenungerechtigkeiten ertragen haben,“ sagte die stellvertretende Generalbundesanwältin Kristen Clarke von der Abteilung für Bürgerrechte des Justizministeriums. „Unser Abkommen bringt Lowndes County auf den Weg einer längst überfälligen Reform, während der Bundesstaat nun erforderliche Maßnahmen ergreift, um Zugang zu grundlegenden Abwasserdiensten zur Verfügung zu stellen, die Exponierung gegenüber ungeklärtem Abwasser zu beenden und die Gesundheitsversorgung für marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Dieses Abkommen bezeichnet die allererste vom Justizministerium erzielte umweltrelevante Entscheidung nach unseren Bürgerrechten. Unser Wirken in Lowndes County sollte eine starke Botschaft senden bezüglich unseres festen Engagements, sowohl in der Förderung der Umweltgerechtigkeit und Rechenschaftspflicht als auch in der Bewältigung einer Reihe von Hindernissen, die schwarzen bzw. farbigen Gemeinden

Zugang zu sauberer Luft, sauberem Wasser und gleichberechtigter Infrastruktur landesweit verweigern.“

„Umweltgerechtigkeit ist ein Thema der öffentlichen Gesundheit und wo man wohnt, sollte nicht bestimmen, ob man von grundlegenden Umweltgefahren krank wird, denen sich andere wohlhabende und weiße Gemeinden nicht gegenübersehen,“ sagte Melanie Fontes Rainer, die Direktorin der Bürgerrechtsabteilung des Gesundheitsministeriums. „Wir freuen uns, dass das Gesundheitsministerium von Alabama sich dazu verpflichtet hat, sofortige und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit der Anwohner von Lowndes County zu schützen. Diese Gemeinde steht seit langem im Mittelpunkt des Bürgerrechtskampfs und das heutige Abkommen ist ein weiterer Zeuge für das andauernde Bemühen, eine rassische Gerechtigkeit herzustellen.“

„Dieses Abkommen schafft einen Weg in Richtung nachhaltige Lösungen für die Abwasserentsorgung,“ so US-Bundesanwältin für den mittleren Bezirk Alabamas Sandra J. Stewart. „Die in dem Abkommen erforderten Maßnahmen werden das Gesundheitswesen und die Umwelt für die Anwohner von Lowndes County verbessern. Meine Behörde ist stolz, die Gemeinde und die Beteiligten bei der Erreichung dieser wichtigen Ziele zu unterstützen.“

Dem Abkommens nach, hat das AGM einer Anzahl von Maßnahmen zugestimmt, die das Gesundheitswesen in Lowndes County angehen:

- **strafrechtliche Sanktionen und Pfandrechte einstellen:** Das AGM wird die Vollstreckung von Sanitätsgesetzen einstellen, die ggf. Strafanzeigen, Bußgelder, einen Gefängnisaufenthalt und Vermögensverlust mit sich tragen können, für Anwohner von Lowndes County, die nicht über die Mittel verfügen, ein funktionierendes Abwassersystem zu kaufen. Das AGM wird sicherstellen, dass die Anwohner von Lowndes County über dieses Einstellen von strafrechtlichen Sanktionen und Pfandrechten informiert werden.
- **Gefahren für die öffentliche Gesundheit in Lowndes County überprüfen:** Das AGM wird sich mit den Centers for Disease Control and Prevention (CDC) absprechen, um den Grad der Gesundheitsrisiken einzuschätzen, die verschiedene Bevölkerungsgruppen erfahren, wenn sie ungeklärtem Wasser ausgesetzt werden. Das AGM stimmt zu, in Absprache mit den CDC zu arbeiten und etwaige Empfehlungen im Sinne der öffentlichen Gesundheit von den CDC anzunehmen.
- **eine Sensibilisierungskampagne zu öffentlicher Gesundheit einführen:** Das AGM wird eine Sensibilisierungskampagne zur öffentlichen Gesundheit mit Radio, Printinformationen, Broschüren, Postwurfsendungen, Tür-zu-Tür-Aktionen und weiteren geeigneten Mitteln entwickeln, um zu gewährleisten, dass Anwohner wichtige Gesundheits- und Sicherheitshinweise in Bezug auf die Exponierung gegenüber ungeklärtem Wasser erhalten.
- **Gesundheitsdienstleistern in Lowndes County Bildungsmaterialien zur öffentlichen Gesundheit zu Verfügung stellen:** Das AGM wird Bildungsmaterialien für

Gesundheitsdienstleister der Lowndes County Anwohner, darunter Gesundheitszentren in Schulen und kommunale Organisationen, erstellen bzw. ergänzen, um weitere Informationen über Symptome und Erkrankungen zur Verfügung zu stellen, die in Verbindung mit der Exponierung gegenüber ungeklärtem Abwasser stehen.

- **eine Bewertung durchführen, um geeignete Abwasserentsorgungssysteme festzustellen:** Das AGM wird eine umfassende Bewertung durchführen, um geeignete Abwasserentsorgungssysteme für Wohnhäuser in Lowndes County festzustellen. Es wird diese Informationen verwenden, um Immobilien für den Empfang von Systemen aufgrund des Exponierungsrisikos gegenüber ungeklärtem Abwasser zu priorisieren. Das AGM kann diese Informationen nicht für strafrechtliche Sanktionen bzw. Pfandrechte verwenden.
- **einen nachhaltigen und gleichberechtigten Verbesserungsplan für das Gesundheitswesen und die Infrastruktur erstellen:** Innerhalb eines Jahres wird das AGM einen Plan erstellen, um den Zugang zu adäquaten Abwassersystemen zu verbessern, und Risiken für die öffentliche Gesundheit anzugehen, die mit der Exponierung gegenüber ungeklärtem Abwasser in Verbindung stehen.
- **konsequenter Austausch mit der Gemeinde:** Durch die Durchführung jeder Maßnahme der vorläufigen Beschlussfassung wird sich das AGM mit Anwohnern der Gemeinde, örtlichen Regierungsbeamten, Fachleuten auf den Gebieten des Abwassers, der Infrastruktur, der Bodenkunde und der Ingenieurwissenschaften, sowie mit Befürwortern von Umweltgerechtigkeit regelmäßig austauschen. Darüber hinaus muss sich das AGM noch mit Interessenvertretern der Gemeinde mindestens vierteljährlich hinsichtlich seines Fortschritts bei der Erstellung und Durchführung des endgültigen Verbesserungsplans für das Gesundheitswesen und die Infrastruktur austauschen.

Infolge der Entscheidung seitens des AGM, dieser vorläufigen Beschlussfassung freiwillig zuzustimmen, haben sich die Ministerien bereit erklärt, ihre Ermittlung einzustellen. Nach Title VI muss das Justizministerium Ermittlungen informell abschließen, die auf Nichteinhaltung hindeuten. Wenn das AGM das Abkommen nicht einhält, werden die Ministerien ihre Ermittlung wieder aufnehmen.

Es ist von höchster Priorität für sowohl das Justizministerium als auch das Gesundheitsministerium, diskriminierende umweltrelevante und gesundheitliche Auswirkungen mittels Vollstreckung des Bürgerrechts dieser Nation anzugehen. Die heutige Ankündigung erfolgt einen Tag vor dem einjährigen Jubiläum der Einführung des Amtes für Umweltgerechtigkeit durch das Justizministerium und dessen umfassender Strategie für die Durchsetzung von Umweltgerechtigkeit.

Die Abteilung für bundesweite Zusammenarbeit und Compliance der Bürgerrechtsabteilung und das Bürgerrechtsamt des Gesundheitsministeriums führten diese Ermittlung gemeinsam mithilfe der Bundesanwaltschaft für den mittleren Bezirk Alabamas aus.

Jede Person, die ihre Bürgerrechte verletzt sieht, kann eine Beschwerde bei der Bürgerrechtsabteilung einreichen unter [www.civilrights.justice.gov/report/](http://www.civilrights.justice.gov/report/). Sie können mehr über das Bürgerrechtsamt auf der Website [www.hhs.gov/ocr](http://www.hhs.gov/ocr) erfahren. Wenn Sie glauben, dass Sie während Programmen bzw. Tätigkeiten diskriminiert worden sind, die direkt vom Gesundheitsministerium betrieben werden bzw. die Bundesmittel als Unterstützung vom Gesundheitsministerium empfangen, können Sie eine Beschwerde entweder für sich selbst oder jemand anderen einreichen unter: [www.hhs.gov/civil-rights/filing-a-complaint/index.html](http://www.hhs.gov/civil-rights/filing-a-complaint/index.html).

###